

# Die Nahostpolitik von Donald Trump

Die Politik von Donald Trump gegenüber dem Nahen und Mittleren Osten unterscheidet sich stark von Barack Obamas. Trump will Israel und Saudi-Arabien stärken und Iran isolieren. Dieser Plan kristallisierte sich nach und nach heraus, folgt aber keiner kohärenten Strategie. Und es gibt kaum Anzeichen dafür, dass sich die Regierung Gedanken über die langfristigen Auswirkungen ihres Ansatzes gemacht hat.

Von Jack Thompson

Die von Barack Obama formulierte Nahoststrategie war darauf ausgelegt, den Schaden zu reparieren, der während der Präsidentschaft von George W. Bush verursacht worden war. Die USA mussten ihrem erschöpften Militär Ruhe verschaffen, neue «Soft Power» aufbauen und politische Rahmenbedingungen herstellen, um chronische Herausforderungen zu bewältigen. Hierfür reduzierte Obama die Truppenstärke im Irak, vermied neue umfangreiche Militärinterventionen und bat seine Verbündeten, mehr Verantwortung für die regionale Sicherheit zu übernehmen. Vor allem aber versuchte er, Probleme auf diplomatischem Wege zu lösen. Mit einer Kombination aus Engagement und Sanktionen brachte er Iran dazu, sein Atomwaffenprogramm zu stoppen. Zudem versuchte er, einen Frieden zwischen Israelis und Palästinensern nach von der internationalen Gemeinschaft gebilligten Grundsätzen zu vermitteln, was auch eine Zweistaatenlösung, Flexibilität hinsichtlich des Status von Ostjerusalem und die Aussetzung des Ausbaus israelischer Siedlungen auf palästinensischem Gebiet umfasste. Zum Ärger von Verbündeten wie Saudi-Arabien unterstützte Obama auch demokratische Reformen in der Region, wenn auch nur sporadisch und mit geringem Erfolg. Zudem vermied er, im Konflikt zwischen Schiiten und Sunniten offen Position zu beziehen.

Wie im Wahlkampf 2016 versprochen, verfolgt Donald Trump einen anderen Ansatz. Zwar lässt sich eine gewisse Kontinuität erkennen:



US-Präsident Donald Trump bei seinem Treffen mit dem saudischen König Salman bin Abdulaziz al-Saud in Riad, Saudi-Arabien (21. Mai 2017). *Jonathan Ernst / Reuters*

Der Präsident ermutigte Verbündete, mehr Verantwortung für die regionale Sicherheit zu übernehmen, er widerstand der Versuchung, grosse Truppenkontingente nach Syrien und in andere Krisenherde zu entsenden und er tolerierte die Intervention Saudi-Arabiens in Jemen. In wesentlichen Punkten verabschiedete er sich aber von der Politik Obamas. Die Beziehungen zu Riad haben sich spürbar verbessert, während sich zuvor die Regierungen der USA und Saudi-Arabiens regelmässig uneinig waren. Auch die Beziehungen zur israelischen Regierung un-

ter dem Premier Benjamin Netanyahu wurden verbessert, die während der Amtszeit Obamas gelitten hatten. Trump hat sich aus dem 2015 geschlossenen Abkommen «Joint Comprehensive Plan of Action» (JCPOA) zurückgezogen, welches das iranische Atomwaffenprogramm eindämmen sollte, und führte wieder Sanktionen gegen Teheran ein. Schliesslich zeigte Trump keinerlei Interesse daran, politische Reformen zu fördern oder demokratische Normen zu stärken, wie er kurz nach seiner Amtsübernahme mit seiner Reiseperrre für Muslime demonstrierte.

Soweit sich ein Muster erkennen lässt, scheint es so, dass der Präsident einen Block unter Führung von Saudi-Arabien, Israel und den Vereinigten Arabischen Emiraten (VAE) fördert, der versucht, Iran in Schach zu halten. Gleichzeitig scheint er im Hinblick auf demokratische Reformen und die Verbreitung des politischen Islam den Status quo wahren zu wollen. Es besteht jedoch Anlass zu Zweifeln, dass dies Teil einer kohärenten Strategie ist.

## Iran

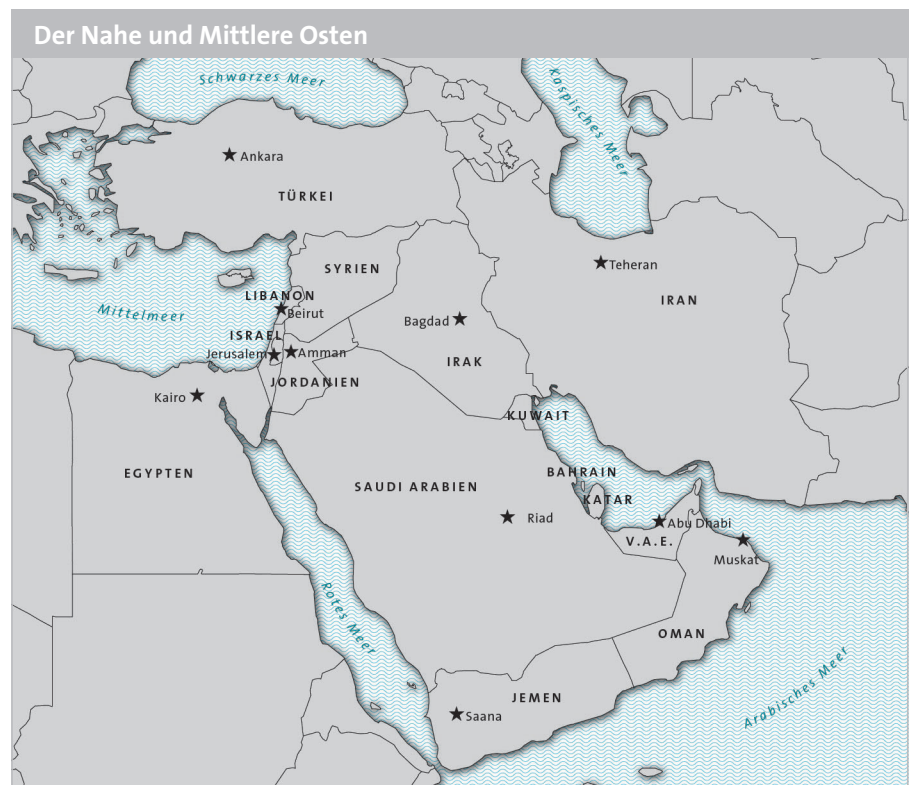
Iran bereitet der US-Regierung besonders viele Sorgen. In der Nationalen Sicherheitsstrategie 2017 wird Iran 17 Mal erwähnt. Als eine der obersten Prioritäten für die Region wird dort angegeben, die Vorherrschaft «jeder Macht, die den USA feindselig gegenübersteht», zu verhindern – ein klarer Verweis auf Teheran. Jedoch tut sich die US-Regierung schwer, nach dem Rückzug aus dem JCPOA im Mai 2018 eine realistische Politik zu formulieren. Die Marginalisierung oder das Ausscheiden von Beratern, die geneigt waren, das JCPOA zu unterstützen, wie etwa Verteidigungsminister James Mattis, Ex-Aussenminister Rex Tillerson und der frühere Sicherheitsberater H.R. McMaster, sowie der Einfluss des Hardliners und Sicherheitsberaters John Bolton machten einen Rückzug wahrscheinlicher.

Im Mai 2018 erklärte sich Aussenminister Mike Pompeo bereit, die diplomatischen und wirtschaftlichen Beziehungen unter gewissen Bedingungen wieder aufzunehmen: vollständige Denuklearisierung, Auf-

## In der Nationalen Sicherheitsstrategie 2017 wird Iran 17 Mal erwähnt.

gabe des Raketenprogramms, Freilassung aller Gefangenen mit US-Staatsbürgerschaft oder der Staatsbürgerschaft einer verbündeten Nation, Beendigung aller Bestrebungen, den iranischen Einfluss in der Region und vor allem im Irak, in Syrien, in Jemen und Afghanistan auszuweiten und Beendigung von Cyberattacken.

Verhandlungen waren auf dieser Grundlage von vornherein zum Scheitern verurteilt. Zudem betonten andere Unterzeichner des JCPOA, sich weiterhin an das Abkommen zu halten und sich den Sanktionen zu widersetzen. Experten reagierten skeptisch auf die Gründung einer «Iran Action Group» durch Pompeo im August 2018. Bei dieser Gruppe handelt es sich um ein



«Elite-Team von Spezialisten für Aussenpolitik», das versuchen soll, «eine Kampagne maximalen diplomatischen Drucks und maximaler diplomatischer Isolation» umzusetzen. Beobachter betrachten dies als Augenwischerei. Dies gilt umso mehr, da die Leitung der Aktionsgruppe Brian Hook übernimmt, ein langjähriger republikanischer Funktionär. Hook, der Tillerson als Direktor für strategische Planung gedient hat, sorgte für ein Ende der traditionellen Aufgabe des Planungsstabs des Ministeriums, den Aussenminister unabhängig in strategischen Fragen zu beraten. Zudem verwickelte er Personalentscheidungen mit Politik.

### Parteinahme für Sunniten

Trump und seine Berater haben mit der Politik gebrochen, Extremismus von Seiten der Schiiten und der Sunniten abzulehnen. Stattdessen beschlossen sie, Saudi-Arabien und die VAE – und damit auch Israel – zu unterstützen, die alle die Konfrontation mit Teheran suchen. Diese Entscheidung birgt das Risiko einer weiteren Destabilisierung der Region. Während des Wahlkampfes beschuldigte Trump Riad noch, Trittbrettfahrer der Sicherheitsgarantien der USA zu sein, aber als Präsident hat er den Saudis in der Region freie Hand gege-

ben. Saudi-Arabien war Gastgeber bei seiner ersten Auslandsreise und er ignorierte die desaströse Intervention Riads gegen die Huthis in Jemen, die durch Iran unterstützt werden, ebenso wie die Niederschlagung von Protesten in Saudi-Arabien und die Bestrebungen, Katar zu isolieren.

Vor allem aber ist die US-Regierung dabei, mit der «Middle East Strategic Alliance» eine Art arabischer NATO zu gründen, ein Projekt, das in der Vergangenheit von Saudi-Arabien ins Gespräch gebracht wurde. Das Ziel bestände darin, insgesamt die Zusammenarbeit in Fragen der Sicherheit und Wirtschaft auszubauen, einschliesslich eines regionalen Raketenabwehrschirms. Der Konfrontation mit Iran käme in den Plänen der neuen Allianz eine wesentliche Rolle zu. Ihre Gründung soll diesen Herbst bei einem Gipfel in Washington Mitte Oktober verkündet werden.

Analysten spekulieren darüber, dass Trump sich der Unterstützung Saudi-Arabiens für eine Konfrontation mit Iran und ein neues Friedensabkommen für den Nahen Osten versichern will. Saudi-Arabien wäre ohnehin gewillt gewesen, eine härtere Haltung gegenüber Iran zu unterstützen, den es als wichtigste Bedrohung in der Region ansieht. Zudem ist es unwahrscheinlich, dass

die Saudis bereit wären, das Friedensabkommen zu unterstützen, das Washington den Palästinensern aufzuzwingen versucht.

Je enger die Trump-Regierung mit Riad und Abu Dhabi kooperiert, desto stärker polarisiert sich die Region, und das Misstrauen einiger wichtiger Akteure gegenüber Washington nimmt zu. Anstatt den Einfluss Irans zu reduzieren, stärkt die Bevorzugung sunnitischer Regime durch die USA die Beziehungen zwischen Teheran und der Hisbollah und den Huthis. Der überwiegend schiitische Irak, in dem aber auch ein beträchtlicher sunnitischer Bevölkerungsanteil lebt und in dem Iran besonders unter den mächtigen schiitischen Milizen des Landes erheblichen Einfluss hat, würde gerne vermeiden, sich für eine der beiden Seiten entscheiden zu müssen. Entsprechend zurückhaltend reagierte das Land auf Angebote Saudi-Arabiens. Gleichzeitig kritisierte es den Ausstieg der USA aus dem JCPOA. Auch die Türkei und Katar haben reagiert und ihre Zusammenarbeit mit Teheran ausgebaut.

### Israel und der Friedensprozess

Israel begrüsst die Konfrontation mit Iran, den es als existenzielle Bedrohung ansieht. Tatsächlich ist Israel eines der wenigen Länder in der Region, die mit Trumps Politik zufrieden sind. Selbst im Vergleich zu früheren US-Regierungen, die alle Israel als engen Verbündeten behandelt haben, hat Trump ausserordentliche Anstrengungen unternommen, Netanyahu gefällig zu sein. Dies ist primär Folge der politischen Kultur der Konservativen, bei denen eine uneingeschränkte Unterstützung Israels dogmatischen Charakter hat. Im Parteiprogramm der Republikaner von 2016 wurde diese Unterstützung als «ein Ausdruck von Amerikanismus» bezeichnet und ein «enger Schulterabschluss» beider Staaten gefordert.

Trump hat diese Weisung mit Begeisterung aufgegriffen. Neben dem Rückzug aus dem JCPOA-Abkommen, das Netanyahu als einen «historischen Fehler» gezeisselt hatte, verlegte Trump die US-Botschaft von Tel Aviv nach Jerusalem, was die Israelis schon lange gewünscht hatten. Zudem informierte er die Palästinenser darüber, dass ihre diplomatische Vertretung in Washington geschlossen wird. Als Botschafter entsandte er den Anwalt David Friedman, einen ausgesprochenen Gegner der Zweistaatenlösung. Die US-Regierung stellte auch alle Zahlungen an das UNO-Hilfswerk für Palästina-Flüchtlinge ein. Sie würde auch gerne die Zahl von Palästinensern, denen der Flüchtlingsstatus zuerkannt

wird, drastisch reduzieren. Hierdurch würden die meisten Palästinenser das Recht auf Rückkehr verlieren, ein bemerkenswertes Zugeständnis an die israelischen Hardliner. Die US-Regierung hat die bilateralen Hilfen für das Westjordanland und den Gaza-Streifen um über 200 Mio. USD gekürzt.

Trotz dieses einseitigen Ansatzes hat Trump versprochen, den Konflikt zwischen Israel und Palästina zu lösen. Hierzu hat er ein Team unter der Leitung seines Schwiegersohns Jared Kushner und des Anwalts Jason Greenblatt zusammengestellt. Zwar haben Kushner und Greenblatt noch keine Details zur bevorstehenden Initiative genannt, doch diese ist von Anfang an zum Scheitern verurteilt. Schlüsselakteure in der Region wie Saudi-Arabien und Jordanien haben grundlegende Bestandteile des Plans zurückgewiesen. Nach dem Umzug der Botschaft nach Jerusalem weigerte sich Palästinenserpräsident Mahmud Abbas, sich mit Kushner und Greenblatt zu treffen, geschweige denn, die Möglichkeit einer Einigung zu besprechen. Und auch die Israelis werden einen Plan, der die Zweistaatenlösung und eine palästinensische Hauptstadt Ostjerusalem beinhaltet, nicht akzeptieren.

### Ägypten und die Türkei

Die Beziehungen zu Ägypten und der Türkei, zwei vitalen Verbündeten in der Region, waren zuletzt belastet, nicht zuletzt aufgrund ihrer autoritären Regierungssysteme. Trumps Faible für starke Männer sollte eine gute Arbeitsbeziehung ermöglichen.

Seit dem 1979 geschlossenen Friedensvertrag mit Israel hat Ägypten jährliche Militärhilfen in Höhe von 1,3 Mrd. USD erhalten. Jedoch kam es im Zuge der Machtergreifung von Präsident al-Sisi 2014 und dem harten Durchgreifen gegen die Opposition zu Verstimmungen. Die Obama-Regierung fror einen Teil der Militärhilfen ein, gab 2015 aber nach. Besorgt wegen der wiederholten Menschenrechtsverletzungen und vor allem, da Ägypten Waffengeschäfte Nordkoreas ermöglichte, fror auch die Trump-Regierung Finanzhilfen in Höhe von knapp 300 Millionen Dollar ein, gab einen Grossteil davon aber im Juli 2018 frei.

Anfänglich stimmte die Chemie zwischen Trump und dem türkischen Präsidenten Erdogan. Die zunehmend illiberale Politik Ankaras und Spannungen aufgrund des Kaufs russischer Waffen, Angriffe auf kurdische Kämpfer in Syrien, die wichtige Verbündete der USA sind, hatte keine Auswirkungen auf die Beziehung der beiden Männern. Ebenso wenig wie die Weigerung

### Lesetipps

Miller, Aaron David and Sokolsky, Richard. «What is Trump Getting for Sucking Up to Saudi Arabia?» *Politico*, 29. August 2018.

Katulis, Brian and Benaim, Daniel. «Trump's Middle East Policy: The Good(ish), the Bad, and the Ugly.» *The New Republic*, 19. Januar 2018.

Lynch, Marc. «Obama and the Middle East: Rightsizing the U.S. Role.» *Foreign Affairs* 94, Nr. 5 (2015), S. 18–27.

Mohseni, Payam and Nakhjavani, Ammar. «The United States Cannot Afford to Pick a Side in the Shia-Sunni Fight.» *The National Interest*, 25. Juni 2018.

Nasr, Vali. «Iran Among the Ruins: Tehran's Advantage in a Turbulent Middle East.» *Foreign Affairs* 97, Nr. 2 (2018), S. 108–118.

Singh, Michael. «Is Washington too focused on Iran's Nuclear Program?» *Foreign Affairs*, 9. Mai 2018.

Washingtons, Fethullah Gülen auszuliefern, einen Geistlichen, der beschuldigt wird, am Putschversuch 2016 gegen die türkische Regierung beteiligt gewesen zu sein. Tatsächlich soll Trump Erdogan beim NATO-Gipfel in Brüssel im Juli 2018 mit einem kumpelhaften Gegeneinanderstossen der Fäuste begrüsst und ihn dafür gelobt haben, dass er sich, anders als andere europäische Regierungschefs, von demokratischen Gepflogenheiten nicht davon abhalten lasse, entschieden zu handeln.

Gegen Erdogans Autoritarismus erhob Trump zwar keine Einwände, als es aber um die Wahrung seiner innenpolitischen Interessen ging, war eine Grenze erreicht. In der Türkei sind eine Reihe von US-Bürgern inhaftiert, unter ihnen Pastor Andrew Brunson, auf den die US-Regierung ein besonderes Augenmerk richtet. Sein Schicksal ist für evangelikale Christen, die einen entscheidenden Teil der Wählerschaft für die Konservativen ausmachen, von besonderem Interesse, weshalb Vizepräsident Mike Pence den Fall Brunson häufig anspricht. Die US-Regierung erwartete, durch eine Vereinbarung zwischen Trump und Erdogan im Juli 2018 die Freilassung Brunsons zu erwirken. Als die Türkei darauf nicht einging, verhängte Washington Sanktionen gegen den Justiz- und den Innenminister der Türkei und verdoppelte die Zölle auf Aluminium- und Stahlimporte aus der Türkei. Analysten gehen davon aus, dass Ankara letztendlich nachgeben wird, aber bislang bleibt Erdogan hart.

## Syrien, der Irak und der IS

Trumps Fehde mit Erdogan kommt zu einem ungünstigen Zeitpunkt. Die Türkei übt in Syrien grossen Einfluss aus und das US-Militär fliegt vom Luftwaffenstützpunkt Incirlik aus Angriffe gegen den Islamischen Staat (IS). Darüber hinaus hat sich die US-Regierung schwer damit getan, eine kohärente Strategie hinsichtlich des syrischen Bürgerkriegs zu entwickeln. Anfang 2018 kündigte der Tillerson die unbefristete Entsendung von Truppen nach Syrien an, die Iran entgegenzutreten und die Absetzung von Präsident Assad sicherstellen sollten. Dann beauftragte Trump im April 2018 das Militär, den Rückzug der derzeit etwa 2200 US-Truppen zu planen. Die regionalen Verbündeten, darunter Saudi-Arabien, forderte er dazu auf, die Kosten für den Wiederaufbau der Landesteile zu übernehmen, die vom IS befreit worden waren. Trump und seinem Sicherheitsberater Bolton schwebte statt einer US-Truppenpräsenz vor, dass Russland Teheran zum Abzug bewegen sollte.

Kürzlich kündigte James Jeffrey, der Syrien-Sondergesandte des Aussenministeriums, einen weiteren Schwenk in der Marschrichtung an: Die US-Truppen würden so lange bleiben, wie dies erforderlich sei. Washington wird nicht darauf beharren, dass Assad geht. Laut Jeffrey hat dieser «keine Zukunft», er sieht es aber nicht als Aufgabe der USA an, ihn zu entmachten. Washington droht aber mit erheblichen Konsequenzen, sollte Assad erneut Chemiewaffen einsetzen oder sollten eine grosse Anzahl von Zivilisten durch syrische und russische Streitkräfte ihr Leben verlieren.

Obwohl Trump im Wahlkampf die Syrienpolitik von Obama oft kritisiert hatte, steht er nun vor derselben Herausforderung: Er möchte Einfluss auf den Verlauf des Konflikts und die Nachkriegsordnung nehmen, ohne dafür zu viele Truppen aufwenden zu müssen. Er geht dabei ähnlich vor wie Obama, indem er sich auf die Bezwingung des IS konzentriert und andere Staaten zu Massnahmen drängt, die den Interessen der USA dienlich sind. Bisher waren seine Bemühungen aber wenig erfolgreich. Die geringe Anzahl von US-Truppen wird keine grundlegende Veränderung der Dyna-

mik bewirken und hinsichtlich der Frage, wer die politische Landschaft Syriens nach dem Konflikt prägen wird, wird Washington ein geringerer Einfluss zukommen als Russland, Iran oder der Türkei.

Mehr Einfluss haben die USA im Irak. Aber auch dort bleibt Iran, trotz massivem Ressourceneinsatz während der letzten 15 Jahre und anhaltender Präsenz von 5200 US-Soldaten der Stärkere. Staatlich geförderte Milizen haben bei der Bekämpfung des IS eine tragende Rolle gespielt, und die US-Regierung fürchtet, dass viele dieser Einheiten sich Teheran verpflichtet fühlen. Unter US-Beamten gilt Abu Mahdi al-

## Die US-Regierung ist dabei, eine Art arabischer NATO zu gründen.

Muhandis, einer der Anführer der Bewegung, als Terrorist. Nicht zuletzt deshalb, weil er enge Beziehungen zu Kassem Solaimani, dem Kommandanten der Kuds-Truppen, pflegt. Hierbei handelt es sich um die Spezialeinheit der iranischen Revolutionsgarden für Auslandseinsätze. Das politische Bündnis Fatah, das die Milizen vertritt, belegte bei den Parlamentswahlen im Mai 2018 den zweiten Platz.

### Kaum Gedanken über Konsequenzen

Offenbar unterstützt Trump den Aufstieg der Achse Saudi-Arabien, Israel und VAE und die entsprechenden geopolitischen Konsequenzen. Jedoch deutet nichts darauf hin, dass diese Unterstützung das Ergebnis sorgfältiger Überlegungen ist. In der Sicherheitsstrategie werden nur vage Zielsetzungen genannt, etwa die Förderung der Stabilität und eines günstigen Machtgleichgewichts. Es wird dabei aber kaum Bezug auf andere aussenpolitische Äusserungen des Präsidenten genommen.

Stattdessen scheinen in seine Entscheidungsfindung zahlreiche voneinander weitgehend unabhängige Faktoren einzufließen. Washington verfügt über langjährige Allianzen mit Saudi-Arabien und Israel. Es ist natürlich einfacher, diese weiter auszubauen, als den von Obama eingeschlagenen, schwierigen Balanceakt fortzuführen: Einerseits müssten die Beziehungen zu Teheran verbessert werden, die

dennoch angespannt bleiben werden, andererseits müsste man in Kauf nehmen, dass sich das Verhältnis zu Saudi-Arabien und Israel deutlich abkühlt. Darüber hinaus konnte Trump so bei seinen Besuchen in Riad und Jerusalem Triumphe feiern. Seinen Gastgebern wiederum bot sich Gelegenheit, Trump zu schmeicheln.

Ferner gefällt es Trumps politischen Basis, wenn Partei für Saudi-Arabien, Israel und die VAE ergriffen wird. Wichtige Aspekte von Obamas Vermächtnis werden dabei verworfen – eine persönliche Obsession Trumps, die auch unter den Konservativen populär ist. Im Gegenzug erhalten die Anliegen der Evangelikalen im Hinblick auf Iran und Israel höhere Priorität.

Trumps Führungsstil spielt auch in seiner Nahostpolitik eine entscheidende Rolle. Naturgemäss agiert er reaktionsfreudig und instinkthaft und lässt Themen, die ihn nicht interessieren, aussen vor. Seine Neigung, mehr auf Loyalität als auf Kompetenz zu setzen, führte dazu, dass moderate Berater ausgewechselt und Berater wie Bolton in Machtpositionen gehoben wurden, der in Bezug auf den Iran die kriegerischen Instinkte des Präsidenten verstärkt und ihn im Hinblick auf Syrien in eine kämpferischere Position gesteuert hat.

Die grösste Sorge bereitet aber, dass Trump kaum Gedanken an die Auswirkungen seiner Entscheidungen verschwendet. Welche Konsequenzen wird es haben, wenn man die Unterstützung für eine Zweistaatenlösung im Israel-Palästina-Konflikt aufgibt? Was passiert, wenn das JCPOA zerbricht und Iran sein Atomprogramm wieder aufnimmt? Was passiert, wenn im Irak der Einfluss der USA weiter abnimmt, der Irans jedoch wächst? Werden die neuen Sicherheitszusagen in Form der arabischen NATO und des Plans der unbefristeten Truppenstationierung in Syrien eine Beteiligung an anderen regionalen Konflikten nach sich ziehen? Dies alles sind drängende Fragen, auf die niemand eine Antwort kennt – Trump am allerwenigsten.

**Dr. Jack Thompson** ist Team Head Global Security am Center for Security Studies (CSS) an der ETH Zürich. Er ist Autor von u.a. [Die Regierung Trump und die Grand Strategy der USA](#) (2017).

Die **CSS Analysen** zur Sicherheitspolitik werden herausgegeben vom Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich. Jeden Monat erscheinen zwei Analysen auf Deutsch, Französisch und Englisch. Das CSS ist ein Kompetenzzentrum für schweizerische und internationale Sicherheitspolitik.

Herausgeber: Christian Nünlist, Matthias Bieri, Fabien Merz, Benno Zogg  
Lektorat: Christian Nünlist

Layout und Infografiken: Miriam Dahinden-Ganzoni  
ISSN: 2296-0236; DOI: 10.3929/ethz-b-000292956

Feedback und Kommentare: [analysen@sipo.gess.ethz.ch](mailto:analysen@sipo.gess.ethz.ch)  
Bezug und Abonnement: [www.css.ethz.ch/cssanalysen](http://www.css.ethz.ch/cssanalysen)

Zuletzt erschienene CSS-Analysen:

**Neue Herausforderungen der nuklearen Rüstungskontrolle** Nr. 232  
**Belarus zwischen Ost und West** Nr. 231  
**Outsourcing – Europas Pokerspiel mit der Migration** Nr. 230  
**Vom Umgang der Schweiz mit religiös geprägten Konflikten** Nr. 229  
**Die UNO-Menschenrechtssäule auf wackeligem Grund** Nr. 228  
**Subsidiarität und die Schweizer Sicherheitspolitik** Nr. 227